

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 3

Artikel: Geburtsstätte einer neuen Welt? : Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre
Autor: Dietschy, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144393>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Porto Alegre besiegt Davos»

«Porto Alegre hat es definitiv geschafft: das Weltsozialforum wird sich als Geburtsstätte einer anderen Globalisierung erweisen», urteilt *Chico Whitaker* vom Organisationskomitee am Abschluss des dritten Treffens, das noch einmal in der südbrasilianischen «Gaucho»-Metropole stattfand. Hat da der Sekretär der bischöflichen Kommission *Iustitia et Pax* in Brasilien, angesteckt von der überwältigenden Stimmung an der Versammlung, nicht doch den Mund etwas zu voll genommen?

Mit seiner positiven Einschätzung von «Porto Alegre III» steht er immerhin nicht allein da. Die *Schweizer Delegation*, zu der vier Mitglieder des Nationalrates sowie Gewerkschafter, Hilfswerkvertreter und Medienschaffende gehörten, äussert sich ähnlich. «Hier werden die Trends gesetzt», sagt SP-Nationalrat *Rudolf Strahm*, das Forum der globalisierungskritischen Bewegungen sei zu einer Gegenmacht geworden, die ernst genommen werde. Es sei deutlich geworden, dass es sich längst nicht mehr bloss um eine «Anti-Bewegung» handle, meint *Dora Rapold* von der *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit*, die von der Qualität vieler Debatten beeindruckt ist und beim nächsten Weltsozialforum in Indien wieder eine DEZA-Teilnahme empfiehlt.

Ebensowenig bereut *Geneviève Jacques* ihre Teilnahme am Weltsozialforum. Für die Programmdirektorin des *Ökumenischen Rates der Kirchen* steckt in dem Zusammentreffen von Volksbewegungen, Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt ein grosses Potenzial und eine «unglaubliche Energie voller Hoffnung und Fröhlichkeit».

Zum Ausdruck kam diese «power» nicht nur an den Demonstrationen für den Frieden und gegen das panamerikanische Freihandelsabkommen ALCA, im Jugendcamp oder natürlich beim Auftritt des frischgewählten brasilianischen

Beat Dietschy

Geburtsstätte einer neuen Welt?

Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre

«Eine andere Welt ist möglich» – das Motto des Weltsozialforums gewinnt zunehmend an Substanz. «Porto Alegre» läuft «Davos» den Rang ab und zeigt, dass der Neoliberalismus zwar noch nicht überwunden, aber doch moralisch «am Ende» ist. Konturen einer neuen, einer gerechten Weltwirtschaftsordnung werden sichtbar, schaffen Hoffnung, ja endlich wieder «Mut zur Utopie». Mit 100 000 Besucherinnen und Besuchern am fünftägigen Forum «Porto Alegre III» erweist sich diese «Bewegung der Bewegungen» als globale Gegenkraft der Solidarität, ohne deswegen einer neuen «pensée unique» zu verfallen. Beat Dietschy hat seine Beobachtungen, Erfahrungen, Überlegungen am dritten Weltsozialforum für uns notiert. Der studierte Theologe und Philosoph ist Präsident der Erklärung von Bern (deutsche Schweiz). Er leitet seit 1993 die Arbeitsstelle für Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit in St. Gallen. Zuvor hatte er als Publizist und Berater von Entwicklungsprogrammen mehrere Jahre in Lateinamerika verbracht.

Red.

Präsidenten «Lula» vor Zehntausenden begeisterter Menschen. Das Motto der Versammlung – «*Eine andere Welt ist möglich!*» – hat tatsächlich die Debatten inspiriert und eine Fülle von Vorschlägen und Ideen, Netzwerken und Kampagnen für eine sozial gerechtere, demokratisch gesteuerte und ökologisch verantwortliche Globalisierung generiert.

«Porto Alegre besiegt Davos» titelte eine lateinamerikanische Nachrichtenagentur. Zumindest bezüglich *Teilnehmerzahlen* und *Medienecho* hat sie nicht ganz unrecht. Gerade die Präsenz von rund 4000 Medienleuten unterstreicht es: Das ursprünglich als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum in Davos konzipierte Treffen der sozialen Bewegungen ist offensichtlich dabei, diesem den Rang abzulaufen. Mit 20 763 Delegierten von 5717 Organisationen und Bewegungen aus 156 Ländern hat das «WSF III» seine Zahlen gegenüber der ersten Versammlung vor drei Jahren bereits verfünffacht. Insgesamt 100 000 Personen nahmen am fünftägigen Forum teil und liessen selbst das Stadion «Gigantinho», wo prominente Figuren wie *Noam Chomsky* oder *Arundhaty Roy* auftraten, aus allen Nähten platzen. So konnte der amerikanische Linguist seine indische Kollegin auf dem Podium darauf hinweisen, dass ihr Artikel vom vergangenen Jahr über «die Einsamkeit des Noam Chomsky» wohl korrekturbedürftig sei. Die Organisation des überbordenden Anlasses gelang dabei trotz einiger Engpässe erstaunlich gut.

Dass sich die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker an ihrer puren Menge berauschten, wie ein mit der *Ambiance* lateinamerikanischer Politeste nicht arg vertrauter deutscher Kommentator feststellte, wirft wohl eher ein Licht auf den Besucher. Wichtiger als Zahlen sind beim WSF die *Inhalte*. An den etwa 1300 Workshops, Vorträgen und Diskussionsforen wurden neben dem dominierenden Thema – dem *Irak-*

krieg – Grundzüge einer *solidarischen Ökonomie* und neue Formen von *demokratischer Partizipation* in Regionalplanung und öffentlichen Budgets, die *soziale Rechenschaftspflicht für Konzerne* und grundlegende *Reformen* der internationalen Institutionen *IWF*, *Weltbank* und *WTO* erörtert. Grosse Beachtung fanden aber auch Themen wie «*HIV/AIDS und Menschenrechte*», eine Neuformulierung des *Patentrechts* zugunsten des Südens und Fragen rund um die *Medienmonopole* – eine Institution zur Aufdeckung von Informationsmissbräuchen («*Global Media Watch*») wurde gegründet.

Neuer Mut zur Utopie

Auf vielen Gebieten ist ein neuer Mut zur Utopie zu bemerken. Die lähmende Wirkung, die vom Siegeszug des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte ausging, scheint gebrochen, und es zeigt sich wieder, dass die Sprache mehr enthält als das TINA-Vokabular («*There Is No Alternative*») Margaret Thatchers. Unzählige *Veranstaltungstitel*, die das Versammlungsmotto variieren, unterstreichen dies: «Eine andere Wirtschaft ist möglich», «Eine andere Beziehung zwischen den Geschlechtern ist möglich», «Abschaffung von Kinderarbeit ist möglich».

Die Tatsache, dass ein ehemaliger *Werkbankdreher* ohne Matur schlussendlich mit 56 Millionen Stimmen zum *Präsidenten* einer der grössten Nationen gewählt werden konnte, hat weit über die Landesgrenzen hinaus den Glauben an die Veränderbarkeit des scheinbar Unabänderlichen wiedererstehen lassen. Ein Teilnehmer brachte dies mit den Worten zum Ausdruck: «Wenn Ihr ein anderes Brasilien möglich macht, ist ein anderes Lateinamerika, ja eine andere Welt nicht unmöglich.»

Auch für *Frei Betto* ist Lulas Wahl die erste Kehrtwende im Zeitalter der «*globocolonialização*», des Globalko-

lonialismus. Sie hat dem WSF zweifellos kräftigen Rückenwind gegeben, genauso wie der Gründer der Arbeiterpartei umgekehrt in den bisherigen zwei Foren in Porto Alegre starke Bündnispartner gefunden hat. Beides sind Zeichen für die *reale Möglichkeit von Alternativen* oder dafür, dass Hoffnung die Angst doch noch besiegen könnte.

Trotz aller Utopiefreudigkeit ist die *Kritik* dem Sozialforum keineswegs abhandengekommen. In ihrem Visier standen neben dem Imperium und seiner Kriegspolitik vor allem die finanz- und konzerngesteuerte Globalisierung sowie die Mittäterschaft nationaler Regierungen, der Welthandelsorganisation (WTO) und der Bretton Woods-Institutionen. Kritisiert wurde namentlich die *neue Verhandlungsrunde der WTO*, die gegenwärtig praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Die darin vorgesehenen Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen «GATS» werden lebenswichtige öffentliche Güter wie etwa das Trinkwasser in Waren mit Marktpreisen verwandeln. Verheerende Folgen hat dies für all jene, die nicht über die nötige Kaufkraft verfügen.

«Wasser ist das Blut der Mutter Erde», betonten demgegenüber Vertreter von indigenen Völkern. Es dürfe nicht privatisiert und zur Handelsware gemacht werden. Ähnliche Akzente setzten die Kirchen und ökumenischen Organisationen. Das Geschäft mit dem Wasser – ein Markt, dessen Potenzial auf über 400 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt wird, d.h. rund 40 Prozent des Ölsektors – hätte katastrophale Folgen für die Armen, führt der tansanische Ökonom *Rogate Mshana* an einem Workshop des Ökumenischen Rates zum Thema «Wasser für das Leben» aus. Bereits jetzt verfügen rund 40 Prozent der Menschen nicht über einen gesicherten Zugang zu Trinkwasser.

Auch *Bildung und Gesundheit* sind betroffen von neuen WTO-Verträgen über Investitionen und Wettbe-

werb. Kommen sie zustande, so erhalten, wie *Martin Khor* vom Third World Network in Malaysia warnt, transnationale Unternehmen «absolute Macht»: sie könnten künftig ungehindert ihnen lukrativ erscheinende Staatsaufgaben übernehmen. Dies, so Khor, «sind keine Handelsabkommen mehr, das ist neuer Kolonialismus». Anlegerinteressen erhielten – wie im verhinderten Multilateralen Investitionsabkommen MAI – generelle Vorfahrt vor Menschen- und Bürgerrechten und ebenso vor staatspolitischen Gesichtspunkten.

Einmal eingegangene Verpflichtungen von Staaten könnten selbst von den Parlamenten kaum mehr rückgängig



gemacht werden, betont am gleichen Anlass auch *Lori Wallach*, die Präsidentin von Public Citizen, einer US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation. «Noch ist es aber nicht zu spät», fügt sie hinzu, einige Regierungen könnten vielleicht noch vor der entscheidenden Ministerrunde von Cancún (Mexiko) im September dieses Jahres zum Rückzug bewogen werden: «Gelingt es, auch nur ein paar Karten herauszuziehen, so fällt das Kartenhaus in sich zusammen!» Allerdings drängt die Zeit: Bereits bis Ende März müssen die zu-

«Unsere Welt ist keine käufliche Ware» (Demonstration in Porto Alegre III).

ständigen Minister, darunter *Bundesrat Deiss*, ihre definitiven Liberalisierungs-offerten einreichen. Welche Bereiche sie einzubringen gedenken, ist in vielen Fällen – so auch in der Schweiz – der Öffentlichkeit und selbst den Parlamenten nicht bekannt.

Trojanisches Pferd «ALCA»

Auf den erbitterten Widerstand von Volksorganisationen, Kirchen und NGO's in Lateinamerika stösst der seit 1994 von den meisten Regierungen unterstützte Plan, den ganzen Kontinent in eine *einzigste Freihandelszone* («ALCA») zu verwandeln. Das würde das *Ende der Souveränität Brasiliens* bedeuten, stellt der bekannte Ökonom und Dependenz-theoretiker *Celso Furtado* lakonisch zum ALCA fest. Wie im Falle der WTO würden kleinere Staaten mit diesem ebenfalls kurz vor dem Abschluss stehenden Vertrag dem Diktat der Finanzmärkte und ausländischer Grosskonzerne völlig ausgeliefert. Nicht nur verlören damit die Regierungen jede Möglichkeit zu einer Politik der Armutsbekämpfung und nationalen Entwicklungsförderung. Zu rechnen ist auch mit einer beschleunigten Umsetzung von Grossprojekten wie dem «*Plan Puebla Panama*», die zu Ver-

treibung oder forcierter Migration grosser Bevölkerungsteile führen können.

Erfahrungen mit dem *NAFTA-Abkommen*, das Mexiko mit den USA und Kanada abgeschlossen hat, zeigen, dass eine durch keine sozialen Klauseln abgemilderte panamerikanische Freihandelszone freie Fahrt für das (im übrigen hochsubventionierte) *Agrobusiness* der Vereinigten Staaten und damit für Millionen von Kleinproduzenten das Aus bedeuten würde. Zweifellos würde sie auch zur Etablierung weiterer «*Zonas francas*», d.h. Gebieten mit prekärsten Arbeitsverhältnissen («*Maquila*»-Industrien), führen und einer *Plünderung der Natur- und Bodenschätze* – insbesondere in den wenigen den indigenen Völkern verbliebenen Gebieten – Tür und Tor öffnen.

Gegen dieses «ALCA», das offenkundig ein trojanisches Pferd der US-Multis darstellt, sind allein in Brasilien im vergangenen Jahr über 10 Millionen Unterschriften gesammelt worden. Die Erwartungen an eine Kehrtwende der brasilianischen Regierung sind daher hoch. *Lula* wird, so machte er in seiner Rede in Porto Alegre deutlich, gegen die US-amerikanischen Hegemoniepläne zumindest den *Mercosur* wiederzubeleben versuchen.

Das WSF leistet Widerstand gegen die Privatisierung des Trinkwassers.



Dass *demokratische Kontrolle und Mitsprache* zu den Schlüsselwörtern in Porto Alegre gehörten, steht mit solchen Megaprojekten in engem Zusammenhang. Nicht nur politische Partizipation, sondern eine Wiedergewinnung wirtschaftspolitischer Souveränität der Regierungen und eine *Demokratisierung wirtschaftlicher Machtstrukturen* sowohl auf lokaler und nationaler wie auf globaler Ebene werden daher gefordert. Ansätze dazu bestehen gerade in Brasilien bereits, zielen doch die von der PT seit Jahren geförderten Formen von *Bürgerbeteiligung* bei städtischen Budgetprozessen sowie die von der Landlosenbewegung MST und andern Organisationen entwickelten *Selbstverwaltungsmodelle* in diese Richtung. Düsterrer sieht es auf der internationalen Ebene aus: Weder die Reform von Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO noch ihre Abschaffung (beide Forderungen fanden in Porto Alegre Anhänger) scheinen in Greifweite zu liegen.

Was ist neu am Sozialforumsprozess?

Angesichts der Tatsache, dass auf dem internationalen Parkett jene Institutionen dominieren, welche in der Lage sind, die weltweite Ungleichheit und eine Ökonomie der Plünderung auf lange Sicht zu zementieren, ist es verständlich, dass manche von der Sozialforum-Bewegung eine effizientere Organisation von *Gegenmacht* erwarten. Bislang hat das WSF diesem Druck auch aus den eigenen Reihen widerstanden. Es spricht auch einiges dafür, dass es sich weiterhin als *offene, pluralistische Plattform* definiert, welche den Zusammenhang zwischen den alternativen Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft sucht, ohne ihn durch eine zentralistische Struktur einzuengen, welche unweigerlich zum Ausschluss anderer Akteure führen würde.

Nicht ohne Grund wird in der *Charta des WSF* ausdrücklich «die Vielfältigkeit der Aktionen und Arten des Engagements

der Organisationen und der Bewegungen, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen», bekräftigt und die «Vielfalt der Geschlechter, der Ethnien, der Kulturen, der Generationen und der physischen Kapazitäten» hervorgehoben. Das *Recht auf Differenz* ist ein Wesensmerkmal des Sozialforumsprozesses, das ihn grundlegend von jeder Spielart von «*pensée unique*» abhebt. Auch Nichtregierungsorganisationen können ja vom Virus ökonomistischen Effizienzstrebens, des Kosten-Nutzen-Kalküls und andern Formen der Betriebsblindheit heimgesucht werden. Vor allem sind auch sie mit steigendem Einfluss in Gefahr, sich selber machtförmig und ausschliessend zu verhalten. Und so war es wohl nicht nur auf die Kirchen gemünzt, wenn der als Zeitzeuge eingeladene peruanische Befreiungstheologe *Gustavo Gutiérrez* sagte, Hilfe für die Armen, die nicht die Strukturen verändern, welche arm machen, sei keine Solidarität. Dasselbe lässt sich von der Politik behaupten.

Für das WSF, das mit dem Anspruch auftritt, eine andere Welt aufzubauen, ist es daher eine Schlüsselfrage, ob es diese *Alterität* auch als *Organisationsform* von Bewegungen zum Ausdruck zu bringen vermag. Auf dem Gebiet der Information ist es gelungen, ein entsprechendes Gefäss zu schaffen, das die Realisierbarkeit von Alternativen zu den Monopolmedien vorführt. Mit dem Aufbau eines internationalen Netzwerks der unabhängigen und nichtkommerziellen Berichterstattung zum WSF («Ciranda», vgl. *www.portoalegre 2003.org*), an dem Hunderte von Journalisten und zahlreiche Publikationsorgane im Print- und Internetbereich mitwirken, wird unterstrichen, dass *Information* ein unverzichtbares öffentliches Gut, und nicht bloss eine Ware ist. Damit wird ein Leitmotiv der Sozialforen konkretisiert: «*our world is not for sale*».

Für die alternative Schubkraft des WSF-Prozesses insgesamt wird viel dar-

auf ankommen, welchen Platz darin *Basisbewegungen* einnehmen, die das Daseinsrecht der Verschiedenheit selber verkörpern. In Porto Alegre sind es vor allem indigene und schwarze Organisationen sowie einige feministische Gruppierungen gewesen, denen es vorrangig um die Anerkennung ihrer eigenen kulturellen oder religiösen Traditionen und Organisationsformen ging. Solche Bewegungen, aber auch jene, die sich rund um die Frage der *cidadania*, der demokratischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bürgerrechte, konstituieren, stellen ein wichtiges Korrektiv dar gegenüber andern, stärker *bürokratisierten Teilen der Zivilgesellschaft*, insbesondere den weltweit tätigen NGO's, deren Zahl heute von der UNO auf rund 37 000 veranschlagt wird.



Porto Alegre III
steht für neuen Mut
zur Utopie (Bilder:
Beat Dietschy).

Steht auch ein Grossteil dieser Organisationen und Verbände wohl in kritischer Distanz zur «transnationalen Tyrannei» (Susan George) neoliberaler Prägung, so können sie, wie das Beispiel des WEF zeigt, doch leicht von den Rettern des Mainstream *vereinnahmt* werden. Zudem ist nicht zu bestreiten, dass über grosse Gelder verfügende Institutionen durchaus auch selber eine Dominanz über andere Akteure ausüben. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass sich die «Vollversammlung der sozialen Bewegungen» an ihren eigenen Prinzipien

der Vielfalt und Dezentralität messen lässt. Nicht zuletzt hängt davon ab, ob sich ihr politisches Profil – Begrenzung statt Eroberung von Macht – glaubhaft durchsetzt.

Kirchen als alternative «Global Players»

Die Kirchen haben gerade zu einer *Kultur der Verschiedenheit* manches beizutragen. Das hat in Porto Alegre vor allem der *Ökumenische Rat der Kirchen* mit einer ganzen Reihe von Workshops, Gebets- und Begegnungsanlässen deutlich gemacht. Mit Veranstaltungen zum Thema der Dekade zur Überwindung von Gewalt und zum «Kampf gegen Intoleranz» suchte er eine Brücke zu schlagen zwischen christlicher Spiritualität des Widerstands und gewaltfreien Aktionen gegen eine ungerechte Weltordnung. «Wahrheits- und Versöhnungsprozesse», so lautete das Fazit des Dekade-Workshops, können wirksame demokratische Strategien zur Beilegung von Konflikten darstellen.

Andererseits wurde auch die grosse Tradition einer *christlichen Spiritualität* in Erinnerung gerufen, die der Obrigkeit kritisch gegenübersteht und die Entmachteten zum *Widerstand* gegen die Machthabenden ermutigt. «Wir erleben gegenwärtig die Entwicklung einer Spiritualität, die sich in den Dienst jener Mächte stellt, die für die ungerechten und Leben zerstörenden Prozesse gesellschaftlicher Globalisierung verantwortlich sind», begründet *Rogate Mshana* diese Zuspitzung des ökumenischen Forumsbeitrags.

«Unsere Beteiligung ist von den Veranstaltern sehr gewünscht worden», erklärt *Geneviève Jacques* auf Nachfrage das gegenüber den Vorjahren verstärkte Engagement des ÖRK. Im Widerspruch zu den gegenwärtigen Sparzwängen in Genf stehe es nicht, betont sie, «wir haben ja nichts neu zu erfinden, wir müssen nur wirksam die Stimme der Kirchen zu Gehör bringen, die sich bereits an vorderster Front an der Seite der Armen

und Ausgegrenzten engagieren und sich an Bewegungen für Veränderung beteiligen». In ihrem eigenen Vortrag stellte Jacques die These auf, dass die «*Illusion der Universalität*», die von der herrschenden Globalisierung genährt werde, in Wirklichkeit eine ernsthafte *Bedrohung für die Universalität der Menschenrechte* darstelle. Demgegenüber plädierte sie für eine «pluralistische Vision des Zusammenlebens und der Solidarität», welche die «Würde des Unterschieds» wiederherstelle.

Wie weiter?

Umriss einer «anderen Globalisierung» sind in Porto Alegre zweifellos sichtbar geworden. Ihr Hauptmerkmal ist die rasch wachsende *weltweite Kooperation* unterschiedlicher Gruppen von Basis- oder Volksorganisationen. Viel spricht dafür, dass diese «*Bewegung der Bewegungen*» nicht mehr rückgängig zu machen ist und auf den verschiedensten Gebieten die Suche nach einer inklusiveren, gerechteren und ökologisch verantwortbaren Welt massgeblich prägen wird.

Nebst dem nächsten Welttreffen, das vermutlich im indischen *Hyderabad*

stattfinden wird, sind bereits zahlreiche kontinentale und regionale *Sozialforen*, darunter eines am 20./21. September in der Schweiz, angesagt. Auch die länderübergreifenden *Bündnisse* wie dasjenige der Bauernbewegungen (*Via Campesina*), die *Frauennetzwerke* und zahlreiche thematische *Arbeitsgruppen* zur solidarischen Ökonomie oder zum Saatgut als öffentlichem Gut der Menschheit werden weiterarbeiten und ihren politischen Einfluss geltend machen.

Aus *Schweizer Sicht* ist zu bemerken, dass aus einem Seminar zur Steuerflucht aus dem Süden, das die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, die Erklärung von Bern und verschiedene Attac-Sektionen durchgeführt haben, nun ein *globales Netzwerk zur Steuergerechtigkeit* hervorgegangen ist.

Auch auf andern Gebieten hat Porto Alegre lose Verbindungen gestärkt und teilweise in *weltweite Arbeitszusammenhänge* verwandelt. Es scheint, dass sich der Gründungsgedanke bewahrheiten wird: Das Weltsozialforum wird «ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein, der nicht auf die Ereignisse reduziert werden kann, die ihn unterstützen». ●

Wie dem Impressum zu entnehmen ist, ändert die Anschrift der Administration erneut. Der Vorstand der Neuen Wege hat **Yves Baer** für diese wichtige Aufgabe im Dienst der gemeinsamen Sache gewählt. Auch Redaktion und Redaktionskommission heissen Yves herzlich willkommen. Wir wünschen ihm eine gute Hand und einen langen Atem bei dieser Arbeit.

Die neue Adresse lautet ab sofort:

Administration Neue Wege
Yves Baer
Postfach 269
8037 Zürich
Tel: 01 447 40 46 + 079 509 54 78

Willy Spieler

Aus Redaktion und
Redaktionskommission